

CDU und SPD wollen Straßenausbaubeiträge rückwirkend bis 1991

„Trotz verfassungsrechtlicher Bedenken haben heute CDU und SPD im Innenausschuss des Thüringer Landtags beschlossen, dass die Thüringer Gemeinden verpflichtet werden, für alle Straßenausbaumaßnahmen rückwirkend bis 1991 Beiträge von den Anliegern zu erheben“, kritisiert der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN Frank Kuschel.

Nach Schätzungen der LINKEN geht es dabei um eine Summe von rund 260 Millionen EUR, die die Gemeinden nun noch von den BürgerInnen kassieren müssen.

„Eine derartig rückwirkende gesetzliche Regelungen, die rechtsstaatlichen Grundsätzen widerspricht, ist nahezu einmalig in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte“, ist der Linkspolitiker überzeugt. Sollte der Landtag der Beschlussempfehlung der Innenausschussmehrheit folgen, wird die LINKE eine Anrufung des Verfassungsgerichtshofes prüfen.

Die von CDU und SPD gegebenen Zusage, bei den Neuregelungen zu Straßenausbaubeiträgen eine bürgerfreundliche und rechtssichere Lösung zu präsentieren, hat sich in Luft aufgelöst. Die im Gesetz enthaltenen Gestaltungsmöglichkeiten zur Reduzierung oder zum Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sind nur theoretischer Natur und werden in der Praxis kaum Wirkung entfalten. „Die von der Landesregierung vorgesehen Kriterien für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden sind völlig praxisfern“, schätzt Frank Kuschel ein. Es wird damit kaum Gemeinden geben, die auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge verzichten können.

Der alternative Gesetzentwurf von Bündnis90/Grüne und LINKE sieht die Umwandlung der Straßenausbaubeiträge in eine Infrastrukturabgabe vor, deren Erhebung jedoch im Ermessen der Gemeinden stehen soll. „Der Vorschlag von Bündnis 90/Grüne und LINKE würde die unendliche Leidensgeschichte der Straßenausbaubeiträge beenden und den Gemeinden eine bürgerfreundliche Alternative bieten“, so Kuschel weiter.

Die betroffenen Bürger werden zu Recht über die Entscheidung von CDU und SPD enttäuscht sein. Dies wird sich auch bei der von der Thüringer Bürgerallianz für den 23. März um 16 Uhr angekündigten Protesten vor dem Landtag zeigen. DIE LINKE unterstützt diese berechtigten Proteste. „Die heutige Entscheidung von CDU und SPD zu den Straßenausbaubeiträge wird nicht das letzte Kapitel in dieser Hinsicht sein“, prognostiziert der Linkspolitiker abschließend.

18.03.2011 Frank Kuschel